

Stellungnahme der Katholischen Hochschulgemeinde Aachen zu den in den Koalitionsverhandlungen NRW 2017 von CDU und FDP geplanten Studiengebühren für ausländische Studierende aus Nicht-EU-Ländern.

Studiengebühren als entwicklungspolitische Bankrotterklärung

Da ist die neue Landesregierung noch nicht aus den Startlöchern und schon plant sie eine entwicklungspolitische Rolle rückwärts! Für Herrn Lindner und den kommenden Ministerpräsidenten Armin Laschet steht die Hoffnung auf zusätzliche Einnahmen ins Haus. Für die meisten Studienbewerber aus Entwicklungsländern wird dies vermutlich der Abschied vom Traum, in Nordrhein-Westfalen zu studieren. Dagegen protestieren wir Mitarbeiter*innen und Studierende in der Katholischen Hochschulgemeinde Aachen scharf! 1500,-€ sollen ausländische Studierende aus Nicht-EU-Ländern – sofern sie nicht aus Syrien stammen oder als Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sind – künftig pro Semester an Studiengebühren zahlen.

Ein Beispiel aus unserer Beratungspraxis: Carlos Fernandez (Name geändert) stammt aus Venezuela. Er war ein glänzender Schüler und hat einen sehr guten Bachelorabschluss aus seiner Heimat mitgebracht, um in Aachen an der RWTH nun seinen Master zu absolvieren. Seine Familie leidet finanziell sehr unter den katastrophalen bürgerkriegsähnlichen Zuständen in dem lateinamerikanischen Land und kann ihn finanziell nicht unterstützen. Ganz im Gegenteil: Sie hofft, dass er schnell und erfolgreich studiert und dann Geld verdient, um seiner Herkunftsfamilie das Überleben zu sichern.

Entwicklungspolitisch bedeutet ein solcher Plan, dass künftig fast nur noch Kinder reicher Eltern aus dem außereuropäischen Ausland, sowie einige Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen studieren können. Begabte Studierende aus außereuropäischen Staaten, die heute z.B. an der Aachener RWTH oder FH ihren Abschluss machen und dann eventuell eine hiesige Firma als Fachkräfte verstärken, werden künftig an anderen Orten studieren und leben.

Als Katholische Hochschulgemeinde betrachten wir dieses Signal als ethisch unverantwortlich, wirtschaftlich kurzfristig und für unsere interkulturellen und interreligiösen Projekte als ausgrenzend.

Wir fordern stattdessen mehr Willkommenskultur, die uns in vielerlei Hinsicht bereichert!

Team und Ständiger Rat der KHG-Aachen